

## **Grüne Kreistagsfraktion fordert umfangreiche Maßnahmen zur Konsolidierung des Kreishaushaltes**

Die grüne Kreistagsfraktion hat sich auf einer Klausurtagung mit dem Haushaltsplan 2006 beschäftigt. Angesichts der dramatischen Finanzlage der oberbergischen Kommunen hat die Fraktion geprüft, ob der vorgelegte Entwurf der Finanzlage der Gemeinden in angemessener Weise Rechnung trägt und ob endlich weitreichende von den Grünen seit Jahren geforderte Konsolidierungsmaßnahmen zur Entlastung der Gemeinden vorgeschlagen werden.

Das Ergebnis ist aus Sicht der grünen Kreistagsfraktion enttäuschend. Der Kreis jammert nach wie vor auf hohem Niveau. Vermögenswerte, die zur Aufgabenerfüllung des Kreises nicht erforderlich sind (einige Immobilien oder der Besitz von Kreiswald) sollen aus Sicht der Kreisverwaltung nicht zur Disposition gestellt werden. Lediglich der Verkauf der RWE-Aktien wird nach bisherigen Äußerungen der Verwaltung in Erwägung gezogen, um einen Teil der Erweiterung des Berufskollegs Wipperfürth zu finanzieren. Der große Rest soll nach dem Willen der Kreisverwaltung über Kredite finanziert werden.

Dies wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht akzeptieren. Aus Sicht der grünen Fraktion ist es Aufgabe der Politik, diejenigen Sach- und Vermögenswerte zu verkaufen, die nicht zur Aufrechterhaltung der Aufgaben des Kreises oder zu dessen Kernaufgaben gehören. Ziel der Maßnahmen sollte sein, den Oberbergischen Kreis von der Last eines über viele Jahre hinweg unausgeglichene Haushaltes zu befreien. Weder die Villa Kohlgrüber noch die Gebäude Am Wiedenhof gehören unbedingt in Kreishand. Der Besitz von RWE-Aktien garantiert in keiner Weise einen Einfluss der öffentlichen Hand auf die Geschäftspolitik des RWE-Konzerns, wie dies frühere Papiere der Kreisverwaltung suggerieren. Die Aktien sichern lediglich einen hochdotierten Beiratsposten für den Landrat (über 7000 € jährlich), in einem Beirat, der vom RWE zur politischen Landschaftspflege geschaffen wurde.

Für eine ökologische Waldbewirtschaftung, wie sie von den Grünen gefordert wird, ist es nicht erforderlich, dass der Wald im Besitz des Kreises verbleibt. Positive Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass sich durch privatrechtliche Verträge eine sinnvolle, naturnahe Waldbewirtschaftung sicherstellen lässt. Zudem sollte zu denken geben, dass der Oberbergische Kreis der einzige Kreis in NRW ist, der über Waldflächen verfügt.

Erhebliche Sparpotentiale sieht die grüne Kreistagsfraktion auch bei den Bewirtschaftungskosten. Durch investive wie durch nichtinvestive Maßnahmen könnten in diesem Bereich zudem sinnvolle ökonomische und ökologische Ziele miteinander verknüpft werden. Seit Jahren fordert die grüne Fraktion vergeblich, die Nutzer der Einrichtungen durch spezielle Anreizsysteme (wie fifty-fifty) stärker in die Verantwortung einzubeziehen.

Harte Kritik übt die grüne Fraktion an der Personalpolitik im Kreishaus. Als einzige Fraktion hat die grüne Fraktion das planlose Streichen von Stellen nicht mitgetragen. Aus Sicht der Grünen sollte es nicht darum gehen, möglichst viele Stellen abzubauen, sondern das Ziel sollte sein, die Personalkosten wirksam zu begrenzen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN akzeptiert nicht, dass seit Jahren nur im „Unterbau“ Stellen abgebaut werden, bestehende überholte Verwaltungsstrukturen verfestigt werden und die Verwaltungsspitze von Personaleinsparungen grundsätzlich ausgenommen wird. Deshalb fordert die grüne Fraktion Landrat Jobi auf, endlich aktiv zu werden und Schritte zu einer umfassenden Verwaltungsreform einzuleiten und überholte Hierarchiestufen in der Verwaltung abzubauen. Bisher hat der Landrat in diesem Bereich völlig versagt und sieht seine Aufgabe in erster Linie in der Repräsentation. Auch seine Ankündigung, mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements NKF so lange wie möglich zu warten, lässt nichts Gutes für den Kreis erwarten. Umfassende Kostentransparenz wird beim Kreis vorerst ein Fremdwort bleiben.